

**dfi analyse**  
Neue Dynamik in der deutsch-französischen Kooperation  
- Seite 1

**dfi information**  
„Europa nur mit uns! Umwelt – Mobilität – Partizipation“  
- Seite 4

**Sozialer Dialog und Beschäftigungssicherung in Deutschland**  
- Seite 5

**Deutsch-französischer Tag für Französischlehrer in Ludwigsburg** - Seite 6

**Kulinarisch-literarische Lesung**  
- Seite 7

**dfi service**  
Frankreich Jahrbuch 2013  
- Seite 7

**FranceMobil** - Seite 8

**Ludwigsburger Schlossfestspiele** - Seite 8

**15 Jahre Deutsch-Französische Hochschule (DFH)** - Seite 8

## Neue Dynamik in der deutsch-französischen Kooperation



Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier trifft am 21. Januar 2014 in Paris mit dem Außenminister von Frankreich, Laurent Fabius, zusammen. Quelle: Thomas IMO/photothek.net

**dfi analyse** Jeder Regierungswechsel, sei es in Deutschland oder Frankreich, bringt fast zwangsläufig die Frage mit sich, wie es mit der deutsch-französischen Zusammenarbeit weitergeht. Das Medieninteresse ist dann höher als gewöhnlich, die politischen Beobachter überwachen mit Argusaugen jede Bewegung der neuen Akteure und die neuen Verantwortungsträger müssen sich mit den Fragen der aktuellen politischen Agenda arrangieren. Diese allgemeine Regel gilt auch für die neu gebildete deutsche Bundesregierung. Nach den ersten Monaten seit der Bildung der großen Koalition in Berlin und im Anschluss an den deutsch-französischen Ministerrat vom 19. Februar ist die Frage erlaubt, was von der unbestreitbaren neuen Dynamik deutsch-französischer Kooperation zu halten ist.

Mit der zum zweiten Mal aufgelegten großen Koalition hatten vor allem die französischen Regierungsmitglieder erhebliche Hoffnungen verbunden. Auch wenn Paris akzeptiert hatte, dass es in der Europa- und Finanzpolitik nicht zu einem nennenswerten Kurswechsel kommen würde, baute man doch auf den Einfluss der SPD-Minister, von denen man einige schon länger aus früheren politischen Konstellationen kannte. Und in der Tat sind einige Phänomene zu beobachten,

die der Analyse wert sind. Auf französischer Seite wie auch auf Initiative der neuen Bundesregierung sind sowohl politische Absichtserklärungen veröffentlicht worden als auch neue Ansätze zu konkreter Politik zu erkennen. Als Referenztexte können vor allem die Erklärung von François Hollande anlässlich des Pressegesprächs vom 14. Januar 2014 und die gemeinsame Erklärung vom 19. Februar im Anschluss an den deutsch-französischen Ministerrat herangezogen werden. Letztere baut wiederum auf der gemeinsamen Erklärung vom 30. Mai 2013 auf, die noch von der Berliner Vorgängerregierung vorbereitet worden war und zu der sie einige Kontinuitäten aufweist. Von einem kompletten Neuanfang oder gar einem Bruch kann somit keinesfalls gesprochen werden. Und dennoch sind vor allem in zwei politisch äußerst wichtigen und strategischen Feldern neue Versuche der besseren Koordinierung und Abstimmung zu erkennen. Das erste Feld betrifft die Außen- und Sicherheitspolitik. Die gute Nachricht für ganz Europa ist, dass Deutschland einen erfahrenen Außenminister hat. Frank-Walter Steinmeier kennt seit vielen Jahren in unterschiedlichen Schlüsselpositionen die relevanten Akteure in Europa und in der Welt. Als Büroleiter Gerhard Schröders in

*Fortsetzung auf Seite 2*

*Fortsetzung von Seite 1*

Niedersachsen, dann als Kanzleramtsminister in Berlin, konnte er sich ein subtiles Verständnis der Rolle und Wirkung von formellen und informellen Gremien und Netzwerken, von Verfahren und institutionellen Mechanismen der Politikgestaltung erarbeiten. Dieses Wissen um die Parameter der Machtausübung ist auch in den stark verregelten und institutionalisierten deutsch-französischen Beziehungen mit ihren Verfahren und häufig über-formalistisch anmutenden Gebräuchen von großer Wichtigkeit. Steinmeier ist dies seit der Regierungszeit Gerhard Schröders geläufig, und er weiß, dass die spezielle Rolle der deutsch-französischen Beziehungen gerade im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik besonderer Anstrengung und Pflege bedarf. Seit er das Amt (wieder) übernommen hat, haben sich Handlungen und diskursive Begleitung signifikant verändert. Hinzu kommt, dass andere Schlüsselfiguren der neuen Regierung die Linie einer aktiven, selbstbewussten und verantwortungsvollen Außenpolitik Deutschlands, die auch militärische Erwägungen einschließt, einhellig unterstützen. Die für viele Kommentatoren überraschend als Verteidigungsministerin ernannte Ursula von der Leyen macht ebenso „Außenpolitik“ wie Bundespräsident Joachim Gauck, dessen Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz die Außen- und Sicherheitspolitik zum Thema hatte.

François Hollande hat es nun – plötzlich – mit einem deutschen Partner zu tun, der anders als in der Libyen-Krise, in der Syrien-Frage, und auch anders als im einsamen Einsatz Frankreichs in Mali nicht unbedingt nur noch Zurückhaltung pflegt. Das bietet in der Tat Chancen für eine stärkere deutsch-französische Zusammenarbeit, erfordert aber von Frankreich auch weniger Alleingänge und stärkere Abstimmung in allen entscheidenden Fragen. Den europäischen Partnern nach den unilateralen Entscheidungen für eine Militärintervention in Mali und in der Zentralafrikanischen Republik a posteriori die Rechnung zu präsentieren, ist jedenfalls nicht die elegante Lösung und hat, gerade bei der deutschen Bundeskanzlerin, wenig Aussicht auf Erfolg. Es geht um die bilaterale Abstimmung zwischen der deutschen und französischen Position, aber damit eben nicht nur um diese beiden Länder, sondern um die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU insgesamt. Bekanntlich haben die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) und auch die gemeinsame Außenpolitik auf europäischer Ebene erhebliche Schwierigkeiten, effizient zu handeln und politisch sichtbar zu sein. Obwohl spätestens seit dem Vertrag von Lissabon die Instrumente und Mechanismen für eine aktive EU-Außenpolitik existieren, auch für zivile und militärische Kriseneinsätze, bleiben diese wirkungslos, wenn nicht



Der französische Staatspräsident François Hollande auf dem Weg zur Pressekonferenz am 14. Januar 2014.  
Quelle: *Élysée.fr*

der entschiedene politische Wille einiger Mitgliedstaaten ein gemeinsames Interesse und eine Strategie vorgibt. Von daher ist es für alle Europäer, auch für Großbritannien, ein positiver Impuls, wenn Deutsche und Franzosen einen neuen Versuch starten, aus ihren unterschiedlichen Ausgangspositionen einen deutsch-französischen, dann aber auch europäischen Kompromiss zu bilden und diesen dann auch zu vertreten. Und gerade weil Traditionen und Ausgangspositionen in Paris und Berlin weit auseinander liegen, ist es eine Chance für die EU, wenn es gelingt, die gebetsmühlenartig wiederholten – im Übrigen völlig legitimen – jeweiligen Überzeugungen nicht zu perpetuieren, die da lauten: Deutschland kann aufgrund seiner Geschichte nicht die volle internationale Rolle einnehmen, die seiner Größe und seinem wirtschaftlichen Gewicht entsprechen würden; Frankreich hat ebenfalls aufgrund seiner Geschichte eine besondere Verantwortung (nicht nur in Afrika), die in seiner Rolle als Atommacht und ständigem Mitglied des UN-Sicherheitsrats zum Ausdruck kommt. Ein Instrument der deutsch-französischen Kooperation im militärischen Bereich, auf das man aufbauen kann, ist die deutsch-französische Brigade. Vor kurzem noch als scheinbar gescheitertes symbolisches Konstrukt von der Auflösung bedroht, erhält sie nun in der neuen Konstellation eine wichtige Aufgabe. Sie könnte endlich operativ tätig werden und somit die kollektive europäische militärische Interventionsfähigkeit verstärken.

Die nicht oder unzureichend abgestimmten, vergangenen Entscheidungen zu Interventionen in Mali und Libyen (und zu einem gewissen Grad auch in Zentralafrika) sind Lehrstücke und können helfen, zukünftige Irritationen zu vermeiden, teilweise kann sogar nachgebessert werden. Dass es mit dem neuen Regierungst tandem tatsächlich zu erheblichen Veränderungen in der Außenpolitik gekommen ist, kann man an konkreten Initiativen von Frank-Walter Steinmeier und Laurent Fabius erkennen. Auf dem Höhe-

punkt der politischen Krise in Kiew ist es ihnen in Zusammenarbeit mit ihrem polnischen Kollegen zunächst gelungen, die Spirale der Gewalt (momentan) zu unterbrechen. Hier waren tatsächlich und zum ersten Mal seit langem die Möglichkeiten einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik und besonders eines gemeinsamen Vorgehens des „Weimarer Dreiecks“ zu beobachten. Allerdings wird diesem kurzfristigen Erfolg nur Dauer beschieden sein, wenn die Drei und die gesamte EU im weiteren Verlauf der Krise sehr schnell zu einer gemeinsamen Politik gegenüber Russland finden und diese dann auch gemeinsam vertreten. Diese Politik wird sich nicht „von selbst“ aus den Brüsseler Gremien ergeben, sondern wird nur als Ergebnis gemeinsamer, entschiedener politischer Führung entstehen. Sie darf sich, soll sie eine Wirkung zeitigen, nicht auf Absichtserklärungen beschränken, sondern muss das gesamte Arsenal diplomatischer Instrumente umfassen.

Die Absichtserklärung der Außenminister Fabius und Steinmeier, in Zukunft gemeinsame Reisen in Drittländer zu absolvieren, findet in der für Anfang März geplanten Reise nach Moldawien (die mittlerweile aufgrund der Zuspitzung in der Ukraine verschoben wurde) eine solche konkrete Umsetzung. Angesichts dieser Entwicklung ist auch die Ankündigung ernst zu nehmen, dass die beiden Außenminister an den jeweils anderen Kabinettsitzungen bei Bedarf teilnehmen werden.

Über die Aktualität hinaus lässt sich an dieser politischen Fallstudie beobachten, wie die unterschiedlichen Elemente der langfristig gewachsenen deutsch-französischen Zusammenarbeit funktionieren. Es gibt die mehr oder minder formell institutionalisierten Formen der Zusammenarbeit – die Absicht regelmäßiger Abstimmung ist nicht erst von François Hollande und Angela Merkel erfunden und am 19. Februar erklärt worden, sondern steht bereits schwarz auf weiß im Élysée-Vertrag. Nun ist es immer wieder vorgekommen, dass diese eigentlich bestehenden

*Fortsetzung auf Seite 3*

*Fortsetzung von Seite 2*

Instrumente unzureichend genutzt wurden. Hier kommen als zweites Element die äußeren Umstände ins Spiel: Wenn der äußere Druck, also die politischen Ereignisse, eine stärkere deutsch-französische Annäherung erforderlich machen, besinnt man sich trotz aller persönlichen Meinungsverschiedenheiten auf die bewährten Kooperationsregeln, da beide Seiten anerkennen müssen, dass die gegenseitigen Abhängigkeiten – ob gewollt oder nicht – größer sind als die Möglichkeit, alleine und souverän zu agieren. Als drittes Element kommt hinzu, dass die handelnden Personen eine unmittelbare Auswirkung auf die Ausgestaltung der Strukturen haben. Und viertens ist es sowohl für die französische als auch für die deutsche Regierung von (politischem) Vorteil, wenn sie sich ernsthaft und glaubwürdig um eine enge Abstimmung in europäisch relevanten Fragen bemühen. Denn die öffentliche Meinung in Deutschland und in Frankreich schreibt, dies zeigen zahlreiche Umfragen der letzten Jahre, einer guten deutsch-französischen Verständigung einen hohen Stellenwert zu. Nicht zuletzt wird diese Unterstützung einer engen deutsch-französischen Kooperation von einem dichten und einflussreichen Netzwerk zivilgesellschaftlicher Strukturen und Akteure getragen und eingefordert.

Das zweite strategische Feld, in dem neue Dynamik zu beobachten ist, betrifft den sehr vielschichtigen und heiklen Komplex der Energiepolitik. François Hollande hatte schon in der Erklärung vor der Presse am 14. Januar die große Bedeutung der weiteren Entwicklung der Energiepolitik in Frankreich und in den anderen europäischen Ländern unterstrichen. Dabei geht es keineswegs um die Infragestellung der bedeutenden Rolle, die Kernenergie in Frankreich hat, sondern um das Ziel der Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energie (gemäß den gemeinsam verabschiedeten Vorgaben der EU) und der Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen (ebenfalls nach EU-Plänen). Hierin treffen sich die ansonsten völlig unterschiedlichen Energie-Strategien Deutschlands und Frankreichs. Die in der Erklärung vom 19. Februar verstärkte angekündigte Zusammenarbeit beider Länder im Bereich der Energie hat großes Potenzial, wird sich aber schwierig gestalten. Worum geht es? Die Energiepolitik liegt formell in der Zuständigkeit der Nationalstaaten. Die Regulierung und Ausgestaltung des EU-Binnenmarktes, wozu auch der Energiesektor zählt, und die auch Fragen der Infrastruktur und der Netzregulierung beinhaltet, liegen jedoch in der gemeinschaftlichen EU-Kompetenz. Die EU-Kommission besitzt das alleinige Vorschlagsrecht für Gesetzesvorschläge, Europaparlament und Ministerrat stimmen mit Mehrheitsentscheidungen ab. Nicht zufällig verweist das Abschlussdokument des deutsch-französischen Ministerrats



*Mehr Einsparungen und bessere Effizienz beim Energieeinsatz sind notwendig.*

*Quelle: flickr*

deshalb scheinbar widersprüchlich einerseits ausdrücklich auf die nationale Souveränität in der strategischen Frage des Energiemix', andererseits auf die Unterstützung einer EU-Strategie im Energiebereich durch Frankreich und Deutschland. Die deutsche, für die europäischen Nachbarn und Partner völlig überraschende Energiewende ist ein Ausdruck dieser nationalen Souveränität. Die deutsche Energiewende ist auch ein Beleg dafür, dass die Realität diese vermeintliche nationale Unabhängigkeit längst überholt hat. Die deutsche Entscheidung, zu der hohe Subventionen für erneuerbare Energien gehören, bringt die Stromnetze der umliegenden Nachbarstaaten erheblich unter Druck. Niemand hatte sie vorher konsultiert. Die Preise an den Strombörsen sind im Keller – mit gravierenden Auswirkungen auf alle europäischen Energieerzeuger, ebenso auf den Handel mit Emissionszertifikaten, eigentlich einem der innovativsten Instrumente europäischer Energiepolitik. Alle Beteiligten sollten deshalb anerkennen, dass wir längst in einem wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnis leben. Das gilt für die Abhängigkeit von Importen, für die grenzüberschreitenden Funktionen der Stromnetze, die Auswirkungen von Subventionspolitik und damit auch für die Industriepolitik. Ablesbar sind die Verwicklungen aller dieser Elemente am Streit zwischen Deutschland und der EU-Kommission über die deutschen Ausnahmeregelungen für energieintensive Industrien.

Wenn also heute die deutsche und die französische Regierung eine enge Zusammenarbeit ankündigen, ist das mehr als willkommen, auch wenn es wie eine Herkulesaufgabe aussieht. Vergessen wir in diesem Zusammenhang nicht, dass die Anfänge der europäischen Einigung 1950 mit dem Energiethema untrennbar verbunden waren. Ein Durchbruch hin zu einer europäischen Energiepolitik hätte durchaus das Zeug zu einem historischen Schritt in der europäischen Integration. Die nächsten Wochen und Monate werden zeigen, wie viel Substanz hinter den wohlklingenden Ankündigungen steckt. Der

Wunsch, ein großes und weltweit wettbewerbsfähiges Unternehmen im Bereich der erneuerbaren Energien zu gründen, dürfte eher der französischen Logik entsprechen, durch staatliche Anregungen aktive Industriepolitik zu betreiben. Die Intensivierung der Forschungsk Kooperation und die Einrichtung einer deutsch-französischen Arbeitsgruppe zur Identifikation konkreter Kooperationsmöglichkeiten kommen der eher deutschen Tradition entgegen, Forschung und Wirtschaft in ihrer jeweiligen Eigenlogik arbeiten zu lassen und seitens des Staates für positive Rahmenbedingungen zu sorgen. Auch wenn die Interessen nicht völlig identisch sind: Im Bereich der Energiepolitik gibt es eine ausreichende Menge an Überschneidungen, um die erklärte Absicht in konkretes Tun zu entwickeln. Auch in diesem Fall gilt, dass die Zusammenarbeit keineswegs gleiche politische Grundsatzentscheidungen voraussetzt. Wenn der äußere Druck und die Schnittmenge der Interessen groß genug sind, wenn die handelnden Personen den günstigen Moment erkennen und nutzen, ist eine für ganz Europa stimulierende Kooperation möglich. Neben diesen beiden zukunftsweisenden Feldern, die als wichtigste Neuerungen zu identifizieren sind, steht seit Bildung der neuen Regierung in Berlin vor allem Kontinuität auf der Agenda deutsch-französischer Zusammenarbeit. Die Ausgestaltung der Bankenunion, die weitere Stabilisierung der Euro-Zone und die Diskussion um eventuell notwendige weitere Schritte bleiben die dominierenden Themen im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Bis zur Präsidentschaftswahl 2017 in Frankreich haben jetzt beide Regierungen die Chance, nachhaltige und für die EU unverzichtbare Reformen anzustoßen und mit den europäischen Partnern umzusetzen.

Die Referenztexte:

- [Erklärung vom 30.5.2013](#)
- [Pressemitteilung von François Hollande am 14.1.2014](#)
- [Erklärung vom 19.2.2014](#)

Frank Baasner • [baasner@dfi.de](mailto:baasner@dfi.de)

# „Europa nur mit uns! Umwelt – Mobilität – Partizipation“



**Ende Januar trafen sich 90 junge Leute aus 13 europäischen Ländern in Ludwigsburg. Ob Schüler, Student oder Mitglied einer Organisation, ob aus Großbritannien, Spanien oder der Slowakei, alle Teilnehmer haben gemeinsam, dass sie sich in die europäische Debatte einbringen wollen.**

Das Projekt „Europa nur mit uns!“ begann 2012 anlässlich des Jubiläums der Rede von Charles de Gaulle in Ludwigsburg. In der ersten Phase des Projekts hatten junge Europäer gemeinsam die Ludwigsburger Initiative verfasst, die Impulse für den Umgang mit aktuellen europäischen Krisen enthält.

Mit der neuen Projektphase 2014 möchten das dfi und die Stadt Ludwigsburg junge Menschen dabei unterstützen, ausgewählte Themen weiter zu präzisieren und in Form von Vorschlägen in die politische Öffentlichkeit zu tragen. Das Auftakttreffen in Ludwigsburg markierte einen gelungenen Einstieg in das Projekt. Gegenseitiges Kennenlernen und erste inhaltliche Diskussionen motivierten die Teilnehmer, ihre Ideen zu formulieren und mit den anderen jungen Menschen gemeinsam Konzepte für die Zukunft Europas zu erarbeiten.

Der Schwerpunkt des Projekts liegt dabei auch auf einer besonderen Form der Partizipation: der Online-Beteiligung. Die Teilnehmer entwerfen in virtuellen Workshops konkrete Vorschläge zu den Themen „Umwelt und Nachhaltigkeit“, „Mobilität durch Bildung“ und „Partizipation und Kommunikation in Europa“, die in die öffentliche Debatte im Rahmen der Europawahl 2014 eingebracht werden. Sie werden dabei von Moderatoren und Experten begleitet. Auch die Paten der Workshops sind gespannt auf die Ergebnisse. Als Pate im Workshop Partizipation konnte z.B. Jordi Pujol, ehemaliger Regierungschef Kataloni-

ens, gewonnen werden. „Gerade jetzt in der Krise ist es nötig, dass die Leute verstehen, dass wenn Europa ein Wert für uns und für die Welt ist, das Volk Verantwortung übernehmen muss“ sagt er und freut sich, dass sich junge Menschen für „Europa nur mit uns!“ engagieren. Derzeit diskutieren die Teilnehmer online Vorschläge zum Klimawandel, stellen sich gegenseitig die Möglichkeiten vor, die es zur Partizipation bereits gibt und überlegen, wie Mobilität einen Einfluss auf den Einstieg in den Arbeitsmarkt haben kann. Im Juni werden Delegierte der drei Workshops ihre Ergebnisse präsentieren und Vertretern aus Politik und Medien übergeben.

Benedicte King

► [info@europa-nur-mit-uns.eu](mailto:info@europa-nur-mit-uns.eu)

## Förderer

Das Projekt wird von lokalen und europäischen Institutionen unterstützt und gefördert: Paul Lechler Stiftung, EU-Programm Jugend in Aktion, Wüstenrot Stiftung, Stiftung Jugendförderung, Arbeit und Soziales der Kreissparkasse Ludwigsburg, Mann & Hummel Stiftung, Jugendstiftung Baden-Württemberg, Fondation Hippocrène, Förderverein des Deutsch-Französischen Instituts.



Im Workshop zur Partizipation mit Moderatorin Henriette Heimbach. Quelle: dfi

# Sozialer Dialog und Beschäftigungssicherung in Deutschland



Die Gruppe zu Besuch im dfi ...



... und bei Bosch in Schwieberdingen.

Quelle: dfi

**Im Rahmen einer Studienreise des Institut national du travail, de l'emploi et de la formation professionnelle (INTEFP) kam am 24. Februar 2014 eine französische Gruppe ins dfi, um sich über Grundzüge des sozialen Dialogs in Deutschland allgemein, sowie in Baden-Württemberg im Speziellen, zu informieren.**

Das dem französischen Arbeitsministerium zugeordnete INTEFP organisiert seit 1986 eine berufsbegleitende Fortbildung für französische Akteure und Experten der Arbeitsbeziehungen (Gewerkschafter, Unternehmer, Vertreter der öffentlichen Hand und Journalisten) zum Thema Arbeit / sozialer Dialog, die sich aus verschiedenen Modulen im In- und Ausland zusammensetzt (Seminare, Tagungen, Unternehmensbesuche). Die erste Auslandsreise des diesjährigen Programms, in dessen Mittelpunkt die Sicherung von Beschäftigung und beruflichen Übergängen steht, führte die rund vierzigköpfige Gruppe nun zunächst nach Ludwigsburg, wo sie am 24. Februar von Dominik Grillmayer und Henrik Uterwedde im dfi empfangen wurde.

Im Zentrum der Diskussionen standen die Wirtschaftsstruktur und die Organisation des sozialen Dialogs in Baden-Württemberg. Ausgehend vom überproportional hohen Anteil der Industrie in der Region kamen die Faktoren des wirtschaftlichen Erfolgs (leistungsfähiges Ausbildungssystem, Innovationsfähigkeit, starke Vernetzung der Akteure, Mitbestimmung, etc.) ebenso zur Sprache wie bestehende Risiken (Fachkräftemangel, Zukunft wichtiger Branchen wie der Automobilindustrie, Energiewende...). In Bezug auf das zentrale Thema Beschäftigungssicherung ging es insbesondere um die Frage, wie es der Industrie in der Region gelungen ist, den massiven Konjunkturreinbruch des Jahres 2009 zu überstehen, ohne im großen Stil Mitarbeiter freizusetzen. Kurzarbeit, Arbeitszeitkonten und betriebliche Bündnisse, die von den Sozialpartnern in Abweichung von tariflichen Standards ausgehandelt wurden, um Arbeitsplätze zu sichern, standen entsprechend im Mittelpunkt des Interesses. Gleichzeitig richtete sich der Blick auch auf den Dienstleistungssektor, in dem das Lohnniveau er-

heblich niedriger liegt als in der Industrie und die Tarifbindung stetig schwindet (u.a. infolge der zunehmenden Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen). Von den Herausforderungen, mit denen die Gewerkschaften hier konfrontiert sind, berichtete am Nachmittag Dagmar Schorsch-Brandt, die stellvertretende Landesbezirksleiterin von Verdi. Sie verwies u.a. darauf, dass die Tarifbindung im Dienstleistungssektor, in dem im übrigen besonders viele Frauen beschäftigt sind, zwischen 1992 und 2012 von 76 % auf 60 % gesunken sei. Vor allem mit Blick auf diese Entwicklung setzte sich Verdi in den letzten Jahren für die Einführung eines staatlichen Mindestlohns ein.

Zwar pochten deutsche Gewerkschaften wie Arbeitgeber traditionell auf Tarifautonomie und lehnten staatliche Eingriffe in die Lohnpolitik ab. Doch angesichts der Tatsache, dass die ausgehandelten Tarifvereinbarungen in den Dienstleistungsbranchen für immer weniger Beschäftigte gelten, ist ein gesetzlicher Mindestlohn aus Sicht der Arbeitnehmervertreter so etwas wie Notwehr. Schließlich beleuchtete Martin Scheel, Vorsitzender der Geschäftsführung der Arbeitsagentur Ludwigsburg, die aktuelle Ausgangslage am regionalen Arbeitsmarkt sowie die Instrumente, die zur Verfügung stehen, um Menschen möglichst nachhaltig in Beschäftigung zu vermitteln. Gerade bei der Betreuung bestimmter Zielgruppen nimmt die Arbeitsagentur mitunter beträchtliche Summen für Qualifizierungsmaßnahmen in die Hand. Ein weiterer wichtiger Faktor ist der Betreuungsschlüssel: Dieser wurde teilweise gesenkt, z.B. für junge Arbeitslose, um eine intensivere Betreuung zu gewährleisten. Interessant für die französischen Zuhörer war auch die von Scheel geschilderte enge Zusammenarbeit der Agentur mit den regionalen Unternehmen (sie versteht sich hier ganz klar als Dienstleister) sowie die dezentrale Organisation (mit einer Hauptverwaltung in Nürnberg, aber verhältnismäßig vielen Entscheidungsbefugnissen für die regionalen Arbeitsagenturen).

Im Rahmen eines Unternehmensbesuchs bei Bosch in Schwieberdingen am darauffolgenden Tag hatte die Gruppe dann Gelegenheit, sich mit Personalverantwortlichen und Vertretern des Be-

triebsrats am Standort über betriebliche Lösungen zur Beschäftigungssicherung auszutauschen. Den französischen Zuhörern prägte sich dabei vor allem die augenscheinliche Kultur des Dialogs ein, der viele Aspekte beinhaltet: Eine möglichst frühzeitige Information der Arbeitnehmervertretungen über strategische Managemententscheidungen und deren Folgen für die einzelnen Standorte, Arbeitszeitregelungen, diverse Weiterbildungsmaßnahmen für Mitarbeiter, etc. Auch wenn die Verhandlungen natürlich nicht immer konfliktfrei ablaufen und mitunter Interessen aufeinanderprallen, so wurde dennoch deutlich, dass es sich ganz wesentlich um ein Geben und Nehmen handelt.

Der Aufenthalt in der Region wurde schließlich abgerundet durch eine Diskussionsrunde in der IHK Ludwigsburg, bei der Peer-Michael Dick (Hauptgeschäftsführer Südwestmetall), Uwe Meinhardt (Erster Bevollmächtigter der IG Metall Stuttgart), Dr. Thomas Metz (Referent bei der Stabsabteilung des Gesamtbetriebsrats von Daimler) und Jürgen Dispan (IMU-Institut Stuttgart) den französischen Teilnehmern Rede und Antwort standen. Diese zeigten sich beeindruckt von den engen Netzwerkbeziehungen, die zwischen den verschiedenen öffentlichen und sozialen Akteuren bestehen, sowie von der Fähigkeit der Sozialpartner, trotz bestehender Differenzen (Stichwort externe vs. interne Flexibilität) Probleme der Beschäftigung und der Wettbewerbsfähigkeit kooperativ zu bewältigen. Die Fähigkeit zum Dialog und zum Kompromiss wird allerdings – so ein wichtiger Hinweis eines Diskussionsteilnehmers – durch zwei Prinzipien ganz maßgeblich begünstigt: einerseits durch den Grundsatz „Ein Betrieb, eine Gewerkschaft“ (auch wenn in einzelnen Unternehmen mittlerweile Berufsgewerkschaften an Bedeutung gewonnen haben), und andererseits durch die bewusste Trennung von Konfliktarenen, damit Verhandlungen nicht mit unnötig vielen Themen überfrachtet werden. Im Anschluss an die Diskussionsveranstaltung fuhr die Gruppe weiter nach Essen, um sich ein Bild von der Situation in Nordrhein-Westfalen zu machen.

Dominik Grillmayer ► [grillmayer@dfi.de](mailto:grillmayer@dfi.de)

# Deutsch-französischer Tag für Französischlehrer in Ludwigsburg

**Auch in diesem Jahr organisierten das dfi und das Institut français Stuttgart gemeinsam einen deutsch-französischen Tag. Die Pädagogische Hochschule Ludwigsburg konnte als Mitveranstalter gewonnen werden. In deren Räumlichkeiten fand die Veranstaltung statt.**

Rund 110 Französischlehrer hörten dabei den Vortrag zum Thema „Vivre en France, vivre en Allemagne. Différentes approches du monde“ von Henrik Uterwedde und nahmen an den Schreibwerkstätten der Slam-Poeten Luciole, Nico K und Ken Yanamoto teil.

Eines der Ziele des deutsch-französischen Tages sei, die freundschaftlichen Verbindungen beider Länder zu pflegen und das wechselseitige Vertrauen zu stärken und davon ausgehend, neue Projekte auf den Weg zu bringen, betonte Emmanuel Suard, Kulturrat der französischen Botschaft in Berlin und Direktor des Institut français Deutschlands, in seiner Begrüßungsansprache. Dies gelinge Dank des Engagements vieler unterschiedlicher Veranstalter jedes Jahr aufs Neue. Michel Charbonnier, Generalkonsul Frankreichs in Baden-Württemberg, Prof. Dr. Jürgen Mertens von der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg und Prof. Dr. Henrik Uterwedde, Stellvertretender Direktor des Deutsch-Französischen Instituts Ludwigsburg, schlossen sich seinen Worten an und hießen ihrerseits die Teilnehmer im Namen der veranstaltenden Einrichtungen in kurzen Grußworten willkommen.

Erstmals in dieser Veranstaltungsreihe wurden Workshops angeboten und so den Teilnehmern Gelegenheit gegeben, in kleinen Gruppen selbst Inhalte zu erarbeiten. Luciole, französische Slam-Meisterin 2005 und 2006 und seitdem vor allem als Sängerin aktiv, ihr Partner Nico K, Schauspieler und Animater von Schreibwerkstätten, und der Deutsch-Japaner Ken Yamamoto, geboren in Paris und französischsprachig aufgewachsen, führten in ihren jeweiligen Kleingruppen in die Kunst der Stegreifdichtung ein und hielten die Lehrer an, ausgehend von zehn Wörtern selbst ein



*Henrik Uterwedde erläutert die Unterschiede der politischen Systeme.*

Gedicht zu schreiben. Beim Slam komme es gar nicht so sehr auf grammatikalisch korrekte Konstruktionen an, so Luciole, sondern darauf, mit der Sprache zu spielen, zu reimen und spontan zu sprechen. Jeder Schüler solle und könne so motiviert werden, sich einzubringen und selbst etwas zu sagen und auch zurückhaltende Schüler würden beim gemeinsamen Dichten ihre übliche Scheu überwinden.

Parallel zu den Workshops sprach Henrik Uterwedde zu dem neuen Abiturschwerpunktthema für das Fach Französisch, bei dessen Bearbeitung deutsche und französische Herangehens- und Sichtweisen erörtert und miteinander verglichen werden sollen. Als Vergleichsthema wählte er die jeweiligen politisch-administrativen Systeme, die oft auch die Ursache für eine falsche Interpretation des politischen Geschehens seien. Für einen Franzosen, so Uterwedde, der eine py-

ramidenförmige Organisation mit z.B. einem Präsidenten oder Bürgermeister an oberster Position gewohnt sei, sei es schwer zu verstehen, dass in Deutschland, um zu einer Lösung zu gelangen, viele unterschiedliche Akteure, wie Koalitionspartner oder Bundesländer in den politischen Entscheidungsprozess einbezogen werden müssen. Für einen den Konsens gewohnten Deutschen hingegen seien das ausgeprägte französische Lagerdenken und die daraus resultierenden, laut ausgetragenen Konflikte nicht immer nachvollziehbar. Als Anekdote zum unterschiedlichen Gebaren deutscher und französischer Politiker führte er das Beispiel eines französischen Ministers an, der zu einem Skandal im französischen Fußball Stellung bezog, der mit seinem eigentlichen Aufgabengebiet nichts zu tun hatte. In Deutschland, so Uterwedde, würde sich ein Regierungsmitglied nie offiziell zu einer solchen „Alltagsangelegenheit“ äußern. In den Pausen konnten sich die Lehrer an den Ständen des dfi, des Institut français und der Verlage Klett, Cornelsen und Reclam über deren Angebote informieren. Nur dank der Unterstützung der drei Verlage war es möglich, drei Künstler für die Schreibateliers an die Pädagogische Hochschule einzuladen. Ein kleines Konzert von Nico K, Luciole und ihrem Gitarristen Benoit Guivarch im Café Lit bildete den stimmungsvollen Abschluss des Nachmittags.

Martin Villingner ► [villingner@dfi.de](mailto:villingner@dfi.de)



*Luciole unterstützt die Teilnehmerinnen ihres Ateliers beim Dichten. Quelle: dfi*

# Kulinarisch-literarische Lesung

Im November 2013 wandten sich vier Studentinnen der Hochschule der Medien in Stuttgart an die Frankreich-Bibliothek, um gemeinsam mit dem dfi eine kulinarisch-literarische Lesung zu organisieren. Das Vorhaben „Cuisine et Littérature“ stand im Rahmen des Projektseminars „Planung und Durchführung einer Veranstaltung“ im Studiengang „Bibliotheks- und Informationsmanagement“.

Obschon die Frankreich-Bibliothek keine Belletristik sammelt und literarische Veranstaltungen selten auf dem Programm des Instituts stehen, wurde der Vorschlag aufgenommen und mit den Planungen begonnen. Da der Saal des dfi am 29. Januar 2014 nicht zur Verfügung stand, fand die Lesung im kleinen Saal des Kulturzentrums Ludwigsburg statt, den die Stadtbibliothek Ludwigsburg als Mitveranstalter freundlicherweise zur Verfügung stellte.

Das Publikumsecho war für alle Beteiligten unerwartet groß: Obwohl die Zahl der Plätze von ursprünglich 40 auf 70 erhöht wurde, konnten weitere fast 70 Reservierungen nicht angenommen werden. Den Ablauf des Abends gestalteten die Studentinnen, darunter drei Französinnen, gemeinsam mit Niko K, einem französischen Slam-Poeten und Schauspieler. Er trug Passagen aus französischen Romanen vor – z.B. aus „Der Bauch von Paris“ von Emile Zola – und Gedichte – z.B. „der Rabe und der Fuchs“ von La Fontaine. Dazu wurden passende Speisen – z.B. eine Quiche aux tomates oder französischer Camembert – gereicht. Die Studentinnen hatten die verschiedenen Gerichte selbst zubereitet, das frische französische Baguette war noch am Nachmittag aus Saint Max in Lothringen gebracht worden.



Nico K deklamiert, während die Studentinnen servieren.

Die Lesung sollte dazu anregen, Literatur mit anderen Sinnen wahrzunehmen und so an Frankreich interessierten Deutschen einen ungewohnten Einstieg in die französische Literatur zu bieten. Die Verköstigung aller 70 Teilnehmer gelang nicht immer reibungslos, doch dank der großen Unterstützung aller an der Organisation Beteiligten und dank der Geduld und des Verständnisses auf Seiten der Gäste verlief der Abend zur Zufriedenheit aller.

Ob es wieder einmal eine ähnliche Veranstaltung geben wird, ist ungewiss. Ohne das große Engagement von Christine Dreiling, Hermance Guilbert, Roxanne Hablot und Betty Lamontagne wäre die kulinarisch-literarische Lesung jedenfalls nicht möglich gewesen.

Martin Villinger [villinger@dfi.de](mailto:villinger@dfi.de)



Das Publikum genießt – mit allen Sinnen. Quelle: dfi

## dfi service

### Frankreich Jahrbuch 2013

**Frankreich in der Krise – Auf der Suche nach dem verlorenen Selbstverständnis der Republik**



Überraschend schnell nach der Wahl François Hollandes zum französischen Präsidenten schien die Hoffnung auf „Wandel“, den seine Wähler mit seinem Amtsantritt verbunden hatten, ver-

flogen. An ihre Stelle trat in weiten Gesellschaftsteilen eine tiefe Krisenstimmung und Resignation. Die Symptome heißen Wachstumschwäche, Arbeitslosigkeit, hohe öffentliche Defizite, soziale Krise; die Diagnosen sind entsprechend pessimistisch. Sie sind Ausdruck einer verunsicherten Gesellschaft, denn über eine momentane Wirtschaftskrise hinaus diagnostizieren unsere Autoren eine Krise des Selbstverständnisses der Republik. Wohin steuert unser Nachbarland? Zwischen Niedergang (déclin) und Aufbegehren stehen die Beiträge für den Anspruch, ein eigenes und eigenständiges politisches Modell zu verkörpern, in dem sich demokratische Souveränität ausdrücken kann. Das Frankreich-Jahrbuch 2013 erscheint voraussichtlich Ende April.

## Ludwigsburger Schlossfestspiele

**Wohl kaum ein Künstler wird so nachhaltig mit der französischen Bretagne und ihrer keltisch geprägten Kultur in Verbindung gebracht wie der Sänger und Folk-Rockmusiker Alan Stivell.**

Seit er in den 70er-Jahren mit seiner Harfe einen Sound aus bretonischer Volksmusik, angloamerikanischem Folk-Rock und keltischer Mystik erschuf, ist der einflussreiche Barde der Neuzeit aus der Musikszene nicht mehr wegzudenken. Mit seiner charismatischen Stimme und seinen mitreißenden Melodien hat Alan Stivell inzwischen eine europaweite Fangemeinde erobert. Selbst die legendären Biermösl Blosn setzten ihm und seiner Harfe vor einigen Jahren ein rührendes musikalisches Denkmal. Dabei hat er sich niemals auf einen einmal gefundenen Stil zurückgezogen: „Mein persönlicher Geschmack neigt einerseits zu extrem ethnischer und archaischer Musik, gleichzeitig aber auch zu möglichst zeitgemäßen Ausdrucksformen, oder eben zu einer Kombination von bei-



Alan Stivell mit seiner Harfe. Quelle: Stadt Ludwigsburg



dem.“ Stivell singt in bretonischer, französischer und englischer Sprache und unternimmt damit eine spannende Reise – auf den Spuren keltischer Kulturen in Europa.

Alan Stivell & Band, Sonntag, 25. Mai 2014, 19.00 Uhr, Karten ab 17 €

► [http://www.schlossfestspiele.de/de/veranstaltungen/alan\\_stivell\\_band.htm/date\\_id:497](http://www.schlossfestspiele.de/de/veranstaltungen/alan_stivell_band.htm/date_id:497)

## 15 Jahre Deutsch-Französische Hochschule (DFH)

**2014 feiert die Deutsch-Französische Hochschule ihr 15. Jubiläum.**

1999 nahm die DFH ihre Arbeit als Förderinstitution in den Bereichen Hochschulbildung und -forschung auf. Seither leistet sie einen bedeutenden Beitrag zur Intensivierung der akademischen und wissenschaftlichen Beziehungen Deutschlands und Frankreichs und befindet sich sowohl quantitativ als auch qualitativ in stetigem Wachstum (aktuell 6.000 Studierende, das sind 20 % mehr als noch 2010, in 154 Studiengängen).

Im Jubiläumsjahr stehen u.a. die Veröffentlichung einer neuen Absolventenstudie, die Jubiläumsfeier im Rahmen der Versammlung der Mitgliedshochschulen und des Programmbeauftragten- und Expertentreffens (Lyon), die DFH-Netzwerkveranstaltung mit Wirtschaftsunternehmen (Paris) und die interkulturellen Bewerbertrainings mit Business Dinner (Dresden, Lille, Saarbrücken) an.



Anlässlich des Jubiläums veröffentlicht Prof. Dr. Albert Hamm, ehemaliger Präsident und Vizepräsident der DFH (2003-2007), im Juni sein neuestes Buch „Die Deutsch-Französische Hochschule 1999-2014. Eine weltweite Hochschule“, in dem er die Geschichte der DFH nachzeichnet, ihre Aktivitäten erläutert und einen Ausblick auf ihre Zukunft gibt. Er schlussfolgert: „Wäre es da nicht wünschenswert, dass die Deutsch-Französische Hochschule gerade jetzt zu ihrem 15-jährigen Bestehen [...] einen neuen Impuls erhält? Einen Impuls, der es ihr ermöglicht, erneut über sich selbst hinauszuwachsen und sowohl der DFH als auch dem Deutsch-Französischen Forum zu einem noch stärkeren Markenimage zu verhelfen – immer im Dienst der Studierenden, der Hochschulen und der Wirtschaft beider Länder.“

► [www.dfh-ufa.org](http://www.dfh-ufa.org)

Kontakt: ► [info@dfh-ufa.org](mailto:info@dfh-ufa.org)

## FranceMobil

Die Robert Bosch Stiftung vergibt für das Schuljahr 2014/15 (1. September 2014 bis 31. Juli 2015) gemeinsam mit der Französischen Botschaft bis zu zwölf Stipendien an französische Lektoren.



Mit Fahrzeugen, die die Renault Deutschland AG bereitstellt, besuchen die Lektoren Kindergärten, Grund-, Real- und Berufsschulen sowie Gymnasien in ganz Deutschland, um vor Ort mit Spielen, Aktionen und ansprechendem Informationsmaterial bei Schülern, Lehrern und Eltern für die französische Sprache zu werben, zu einem aktuellen Frankreichbild beizutragen und die nötige Informationsarbeit zur Fremdsprachenwahl zu leisten.

Bewerbungsschluss ist der 31. März 2014.

Weitere Informationen: ► [www.bosch-stiftung.de](http://www.bosch-stiftung.de)

### Termine

#### 8. April

1. Seminar „Perspektiven der Wirtschafts- und Währungsunion. Fragen künftiger Forschung“, Bundesministerium der Finanzen, Berlin.

#### 4. – 8. Mai

Studienreise für junge Journalisten aus Deutschland, Frankreich und Nordafrika im Vorfeld der Europawahlen 2014, Castelfranco del Veneto, Italien.

#### 9. – 11. Mai

Reise mit Teilnehmern des Projekts „Europa nur mit uns!“ zum Europäischen Jugendevent EYE2014, Strasbourg.

### Impressum

Deutsch-Französisches Institut  
Asperger Straße 34  
D-71634 Ludwigsburg  
Tel +49 (0)7141 93 03 0  
Fax +49 (0)7141 93 03 50  
► [www.dfi.de](http://www.dfi.de)  
► [info@dfi.de](mailto:info@dfi.de)  
Redaktion: Waltraut Kruse  
Verantwortlich für den Inhalt:  
Prof. Dr. Frank Baasner